



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/267 - 18.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

FDP vor dem Scheideweg	S. 1
Das Rätselraten um Thorez hält an	S. 3
Fragwürdige Wirtschaftspublizität	S. 4
Synchroptisches Palaver	S. 5
Die Tagung der Jungsozialisten in Kaiserslautern	S. 7

Wie demokratisch ist die FDP noch ?

(sp) Von dem bevorstehenden Parteitag der FDP in Bad Ems erwartet die deutsche Öffentlichkeit eine Antwort auf die Frage nach dem Standort der "Freier Demokraten". Gegenwärtig weiß niemand zu sagen, was die FDP ist. Ist sie das, was in Middelhaueses "Deutschem Programm", unter Mitarbeit ehemals prominenter Goebbels-Propagandisten, zum Ausdruck gebracht wurde ? Oder kann die FDP noch zu dem in Keppenheim mit Theodor Heuß begonnenen Weg zurückfinden, auf dem jetzt nur noch die DVP-Gruppe steht ?

Es spricht wenig für eine solche Rückkehr, denn die Middelhaueses und Eulers sind zu zahlreich geworden. Wenn auch auf dem Umschlag des Parteitag-Programms, neben den Farben schwarz, weiß und rot auch noch schwarz-rot-gold zu sehen ist, die "Schwarz-Weiß-Roten" haben sich in der FDP längst nach vorne gekämpft. Der Wahlkampf vor den letzten Kommunalwahlen hat das nicht weniger deutlich gemacht, wie Middelhaueses Bemühungen um eine Fusion mit der Deutschen Partei, deren neuer Rechtsrutsch in Goslar so nachdrücklich demonstriert wurde.

Daß es in der FDP noch eine Gruppe gibt, die sich gegen die Rechtsradikalisierung in der FDP stemmt, bestätigten die letzten Reden Reinhold Maiers. Aber nicht nur die Unterstützung, die der vom Ehrgeiz geplagte Dr. Leuze in Südwesten - als innerparteiliche Opposition gegen Maier - von anderen Landesverbänden

und von Vorstandsmitgliedern der FDP erhielt, hat die zahlenmäßige Stärke der schwarz-weiß-roten, der "deutsch-nationalen" Gruppe in der FDP unterstrichen. Die Auswahl der FDP-Kandidaten bei Wahlen auf der Gemeinde- und Länderebene erfolgte dann auch immer stärker in der deutsch-nationalen und in der nationalsozialistischen Richtung. Bestätigt oder forciert der Parteitag diese Entwicklung, oder setzen sich doch noch einmal die Kräfte durch, die in den ersten Jahren durch Theodor Heuß repräsentiert wurden ?

Nach dem FDP-Parteitag werden wir die Antwort wissen, auch wenn bei der Neuwahl des Vorstandes einer jener Kompromisse gefunden werden sollte, wie sie in Goslar von der Deutschen Partei vorexerziert wurden. Die Frage ist nicht nur für die Beurteilung der künftigen Entwicklung der FDP von Bedeutung, sondern auch hinsichtlich der Bonner Regierungskoalition. Die regierungsamtlichen Absagen an den Rechtsradikalismus werden jeden Wert verlieren, wenn sich nicht nur in der Deutschen Partei, sondern auch in der FDP die Kräfte weiter durchsetzen sollten, die sich von der verbotenen SRP nicht grundsätzlich unterscheiden. Sollte der FDP-Parteitag jeder Antwort auf die Fragen nach dem Standort der FDP ausweichen, so wäre das eine Entscheidung für die Programmlosigkeit, die in den letzten Monaten in zunehmendem Maße das Neben- und Gegeneinander der zahlreichen Gruppen und Gruppen in der FDP ermöglichte. Das wäre gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, daß die FDP von 1952 keine echte politische Partei mehr ist, sondern nur noch eine Organisation zur Vertretung einzelner Interessen, unter denen die der Unternehmer nicht nur finanziell die Rangfolge bestimmen.

+ + +

Das nennt man Offenheit...

Wer sind die FDP-Vertreter, die jetzt erstmalig am 9. November in die Kommunalparlamente gewählt worden sind ?

In einer westfälischen Kleinstadt bilden die "FDP"-Vertreter das Zünglein an der Waage zwischen SPD und CDU. Bei einer Vorbesprechung erklärte der Vorsitzende der sogenannten FDP-Fraktion, daß sie mit der FDP, außer daß sie unter dem Namen dieser Partei kandidierten, nichts zu tun hätten. Sie seien alte Nazis, die sich selbst wieder rehabilitieren wollten. Auch ihr "Partei"-Vorsitzender gehöre nicht der FDP an.

+ + +

Krise der Kommunistischen Partei Frankreichs

G.S.-Paris, Mitte November

Daß die Kommunistische Partei Frankreichs sich mitten in einer heftigen Krise befindet, wird auch von ihr selbst nicht mehr bestritten: Täglich kann man im Zentralorgan dieser Partei, der "Humanité", "Selbstkritiken" lesen, in denen die Ortsgruppen- und Betriebszellenleiter sich beschuldigen, die "Direktiven" nicht angewandt und so zu "Teilniederlagen" beigetragen zu haben. Welches sind aber die Direktiven der kommunistischen Parteiführung? Nachdem kürzlich die Losung der "Nationalen Einheitsfront" gegen die "Besetzung Frankreichs durch den amerikanischen Imperialismus" ausgegeben wurde, hatten die besten Kenner des französischen Kommunismus den Eindruck, daß eine "Wendung" bevorstehe, die eine neue Ära der Volksfrontpolitik seitens der Kommunistischen Partei einleiten könnte.

Es ist offensichtlich, daß innerhalb der KP Frankreichs die allergrößte Verwirrung herrscht und daß die aus Moskau kommenden Direktiven entweder widerspruchsvoll oder zur Zeit inexistent sind. Rein äußerlich wird diese Verwirrung durch das Geheimnis gekennzeichnet, das die Persönlichkeit des kommunistischen Generalsekretärs Maurice Thorez umgibt: Dessen Rückkehr aus Moskau, wo er sich seit Jahresfrist "zur Kur" befindet, war für den 7. November angekündigt worden. Die Zellen wurden aufgefordert, Kundgebungen und Feierlichkeiten für den "großen Tag" vorzubereiten. Doch Thorez kam nicht, und die kommunistische Presse erwähnt gegenwärtig nur beiläufig, daß Thorez "bald" zurückkehren werde.

Hängt das Verbleiben Thorez' in Moskau mit der Tatsache zusammen, daß die Krise um die beiden kommunistischen Führer Charles Tillon und André Marty, die nun schon zwei Monate andauert, noch immer keine Lösung gefunden hat? Und besteht die Absicht, Thorez eine "saubere Partei" bei seiner Rückkehr zu übergeben?

Wie dem auch sei, so sind Tillon und Marty noch immer nicht ausgeschlossen, obwohl sie sich hartnäckig weigern, die von ihnen geforderte "Selbstkritik" durchzuführen. Beide dürften in ihrem Widerstand sowohl von Elementen innerhalb der Partei, als wahrscheinlich auch von "höheren Instanzen" ermutigt werden. Trotzdem scheint der Ausschluß dieser beiden kommunistischen Chefs jetzt nahe bevorzustehen. In einem vom Politbüro der Partei veröffentlichten Kommuniqué wird Marty beschuldigt, mit "verdächtigen Elementen" Verbindung zu unterhalten; es wird ihm vorgeworfen, die Beziehungen zu seinem Bruder nicht abgebrochen zu haben, obwohl dieser "mit der Polizei" in Verbindung stehe...

Hier wird ein Prozeß vorbereitet, mit dessen Hilfe schließlich der Nachweis geführt werden soll, daß der Mann, den man Jahrzehnte hindurch als "Held der Schwarzmeerrevolte" im Jahre 1917 feierte, ein ganz gewöhnlicher Polizeispion war und ist... Bleibt abzuwarten, ob alle kommunistischen Parteimitglieder diese bittere Pille schlucken werden oder ob nicht vielmehr der Ausschluß der früher so gefeierten kommunistischen Führer die Krise des französischen Kommunismus verschärfen wird.

+ + +

Falsche und echte Publizität

- o - Neben der offiziellen Regierungspropaganda macht sich in immer stärkerem Maße eine vom einzelnen Betrieb her getragene Beeinflussungswelle der Angestellten und Arbeiter, aber auch der Verbraucher geltend. Unzählige Prospekte und Schriften großer Unternehmungen, die früher allein der Absatzwerbung dienten, sind heute zugleich auch Werbeorgane für die von diesen Unternehmen gestützte derzeitige Bundesregierung. Insbesondere die Werks- und Betriebszeitungen versuchen, die Belegschaftsangehörigen häufig im Sinne der Koalitionsparteien zu beeinflussen, indem sie das Loblied der Erhardschen Marktwirtschaft singen und oft an die primitivsten Besitzinstinkte des Einzelnen appellieren, um ihn gegen die großen sozialen Forderungen der Gewerkschaften und der SPD zu immunisieren.

Daneben wird unter dem Begriff "public relation" eine Werbekampagne getrieben mit dem Ziel, die Produktionsleistungen und die soziale Fürsorge in einer Breite herauszustellen, die davon überzeugt, daß nur diese Form der Wirtschaft, in der "solche Erfolge" möglich waren, als die einzig richtige auch für die Zukunft angesehen werden könne. Ganze wissenschaftliche Stäbe werden in Westdeutschland allein mit derartigen Aufgaben von den Unternehmern beschäftigt. Genannt sei hier nur Dr. Herbert Groß, der sich als Spezialist in der Bekämpfung des Sozialismus durch advokatische Winkelzüge in Unternehmerkreisen einen Namen gemacht hat. Er und seine Helfer nennen das Ganze "steigende Publizitätsfreude der deutschen Wirtschaft", woran im Ernst aber nur die Unternehmer selbst ihre Freude haben können.

Was da alles in großer und bunter Aufmachung oder als kleine unscheinbarere Traktätchen der Öffentlichkeit vorgelegt wird, hat mit Wirtschaftspublizität nicht das Geringste zu tun, es ist reine politische Propaganda unter dem Deckmantel Wirtschafts- oder sozialpolitischer Phrasen. Bei jeder echten Forderung auf Erweiterung der Publizitätspflichten der Wirtschaft, etwa der eingehenderen Erläuterung von Bilanzpositionen im Geschäftsbericht oder der Offenlegung ihrer Absprachen untereinander (Frühstückskartelle), erheben dieselben Kreise ein furchtbares Geschrei und berufen sich auf die "berechtigte Wahrung von Betriebsgeheimnissen". Wenn z.B. von einem

sehr gründlichen Kenner westdeutscher Kartellverhältnisse, der zugleich auch ein absoluter Gegner aller monopolistischen Bestrebungen ist, in der Kartelldiskussion der Vorschlag gemacht wird, über den Rundfunk aufklärende Vorträge über die Verschachtelung innerhalb der deutschen Industrie zu halten, dann stößt ein solcher Gedanke auf die einhellige Ablehnung aller Diskussionsteilnehmer der Industrie. Echte Publizität lehnen diese Herren ab, ihren Zielen dient mehr der Publizitätsschwindel, zumal er ja auch noch von der Verbraucherschaft bezahlt wird.

+ + +

Die Geschichte mit dem knallroten Faden

Es handelt sich um Geschichte schlechthin, nicht etwa um eine amüsante Kurzgeschichte, obgleich das Thema voller amüsanter Aspekte ist, die zu einer weniger ernsthaften Betrachtung verlocken könnten. Ja, es handelt sich also um die "Synchronoptische Weltgeschichte", die im Oktober dieses Jahres in höchsten Tönen gepriesen und im November in Grund und Boden verdammt wurde. Was ist eigentlich daran?

Das Wesentliche an dieser "Synchronoptischen Weltgeschichte" von Dr. Arno und Anneliese Peters ist das, was in ihrem Namen steckt, das Synchronoptische also; in farbigen, jeweils ein Jahrhundert umfassenden Tafeln werden die geschichtlichen Ereignisse auf dem politischen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Gebiet nebeneinander ausgebreitet, sodaß eine wirkliche Übersicht über das Zeitgeschehen gewonnen wird. Endlich ist das verwirklicht, wonach wir uns seit dem oft sehr zweifelhaften Genuß des Geschichtsunterrichts der Schule geseht haben: Eine Gesamtschau, die das Zusammenwirken von Kultur und Politik - um nur zwei Faktoren zu nennen - umfaßt und nicht nur eine Aufzählung kriegerischer Ereignisse bringt.

Das ist das Positive, und es löste - im Oktober - einen Sturm der Begeisterung aus. Das Negative knüpfte sich - im November - an dem knallroten Faden auf. Den Faden entdeckte jemand, der inmitten aller Begeisterung seine angeborene oder erworbene Skepsis bewahrte und im Achtfarbendruck der Schautafeln das kommunistisch leuchtende Rot entdeckte. Diese Entdeckung wurde zum Signal, plötzlich sahen -

was in unserer Zeit ohnehin leicht möglich ist, - alle rot, und klerikale Kreise bemängelten darüber hinaus eine allzu sparsame Verwendung der schwarzen Farben. Die "Synchrooptische Weltgeschichte", die durch Subskription einiger Kultusminister der Bundesrepublik vorfinanziert worden war, wurde in den bereits zitierten Grund und Boden verdammt.

Richtig - und wichtig - ist an diesen Einwänden die Feststellung, daß in der Tafel unseres jetzt laufenden Jahrhunderts unter den Persönlichkeiten der Zeitgeschichte Stalin gleichgewichtig neben anderen Persönlichkeiten steht, und bedenklich ist, daß als Extrakt seines Wirkens in der durch den knappen Raum bedingten Konzentration die Schaffung der gültigen Prägung des Sozialismus vermerkt wird. Das scheint denn doch ein nicht mit aller wissenschaftlichen Sorgfalt eingedickter Extrakt zu sein.

Vielleicht lassen sich hier und da weitere Unebenheiten feststellen, diese jedenfalls ist die größte und am wenigsten verzeihliche. Sie ist vielleicht dem Bestreben zu verdanken, ein Geschichtswerk zu schaffen, das gleichzeitig im Westen und im Osten Gültigkeit haben sollte. Das war ein frommer Wunsch der gelehrten Verfasser; die sowjetzonalen Stellen lehnten das Werk ab, weil es "zu weit von dem Geschichtsbild des wissenschaftlichen Sozialismus abweicht"; die Westzonalen aber protestierten, weil es zu viele "rote Fäden" hat.

Gegen die Infiltration militaristischer und nationalistischer Tendenzen im deutschen Geschichtsunterricht hat man sich leider niemals mit so viel Energie gewehrt. Daß die Synchrooptische Weltgeschichte mit solchen Tendenzen aufräumt und neben das Kriegerische die Kultur, neben die Politik die Soziologie stellt, ist eigentlich ein Verdienst, das auch ein paar Schönheitsfehler wettmacht; und wenn in einer Neuauflage ein paar Korrekturen vorgenommen werden, könnte eigentlich allen geholfen sein.

Die Verfasser stellten sich am Montag in Bonn den Journalisten in einer Pressekonferenz. Sie vertraten ihr Anliegen redlich und schlicht, ohne Lärm und ohne Polemik in einem Kreise von Journalisten, deren Zeitungen zum Teil die begeisterten Oktoberkritiken gebracht haben. Vielleicht hat diese Pressekonferenz den Erfolg, daß sich einige von ihnen die möglicherweise bereits vorgesehenen trüben November-Repliken ersparen werden.

Rudolf Gottschalk

Durch gemeinsames Bekenntnis zur Freiheit verbunden

Jungsozialisten aus Ost und West tagten in Kaiserslautern

W.B. "Der Erfolg der SPD bei den vergangenen Kommunalwahlen stellt eindeutig unter Beweis, daß die derzeitige Bundestagszusammensetzung nicht mehr dem politischen Willen der Mehrheit des Volkes entspricht", heißt es in einer Erklärung des Zentralausschusses der Jungsozialisten Deutschlands, der am 15. und 16. November zu einer außerordentlichen Sitzung in Kaiserslautern zusammentrat. Im Mittelpunkt dieser Tagung standen die Beratungen des Zentralausschusses mit dem Vertrauenskreis der Jungsozialisten der Sowjetzone sowie Jungsozialistischen Vertrauensleuten an der Saar.

In der abschließenden Stellungnahme der Jungsozialisten zum Ausgang der Kommunalwahlen wird bedauert, daß von der Bundesregierung diese politische Willensbekundung, die zu einem beträchtlichen Teil mit von den jungen Neuwählern abgegeben wurde, einfach ignoriert und weiterhin der Versuch unternommen wird, im Bundestag politische Beschlüsse durchzuzupfeitschen, die mit der Meinung breiter Schichten des Volkes nicht in Einklang zu bringen sind.

Gefahr des Rechtsradikalismus

Als unverantwortlich bezeichnet der Zentralausschuß der Jungsozialisten die Haltung der Koalitionsparteien gegenüber der besorgniserregenden Entwicklung des Rechtsradikalismus. Die Reaktion des Bundeskabinetts auf das scharfe Presseecho, das die Wahl des ehemaligen SA-Stabschefs Schepmann zum BHE-Gemeindevertreter hervorgerufen hat, ist für jeden Demokraten genau so unverständlich wie die Freilassung der BDJ-Partisanen aus der Untersuchungshaft. Bezeichnend für diese Entwicklung ist, daß die DP als Regierungspartei sich in der Wahlpropaganda chauvinistischer Methoden bediente, die sich kaum mehr von der Form der verbotenen SRP unterscheiden lassen.

Bei den Beratungen über die Situation Mitteldeutschlands wurde von den Vertrauensleuten der Ostzone auf die ungeheure psychologische Gefahr für die junge Generation jenseits des Eisernen Vorhanges hingewiesen, die darin liegt, daß die Koalitionsparteien in ihren opportunistischen Bemühungen, Wählerstimmen rechteradikaler Richtungen einzuheimsen, weitestgehend jedwedes demokratische Verantwortungsgefühl außer acht lassen. Die schwarz-weiß-roten Plakate einer Regierungspartei können so gesehen bedeutend gefährlicher sein als vereinzelt auftretende neofaschistische Gruppierungen.

Ostzonenregime ohne Resonanz

Das völlige Scheitern der Ostzonen-Gewaltmaßnahmen zur Einführung eines Zwangsarbeitsdienstes unterstreichen, so heißt es in den Verlautbarungen des Zentralausschusses, die nach den mehrstündigen Beratungen mit dem Ostzonen-Vertrauenskreis herausgegeben wurden, sehr deutlich die völlige Resonanzlosigkeit des Ostzonen-

Regimes bei der jungen Generation. Umso mehr muß für diese jungen Menschen die Bundesrepublik als Anziehungskraft unter Beweis stellen, daß es ihr um die Bemühungen zur Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit ernst ist und sie bereit ist, durch Ausschöpfung aller Möglichkeiten dieses Ziel einer baldigen Verwirklichung zuzuführen. Dabei wird Westdeutschland auf der Basis sozial gerechter und wirklich demokratischer Verhältnisse mehr Einwirkungskraft haben als mit noch so gut gemeinten Propaganda-Aktionen des Gesamtdeutschen Ministeriums.

Im Rahmen dieser Besprechungen wurden gemeinsam mit dem Ostzonen-Ausschuß konkrete Maßnahmen zur praktischen Unterstützung und Hilfe für die mitteldeutsche Jugend beschlossen.

Solidarisch mit der Saar-Jugend

Die gemeinsamen Beratungen des Zentralausschusses mit den Saar-Vertrauensleuten, an denen auch Vertreter des Bundes der Sozialistischen Jugend Saar teilnahmen, bezogen sich hauptsächlich auf die politische Situation an der Saar im Hinblick auf die bevorstehende Landtagswahl. Die Jungsozialisten erhoben schärfsten Protest gegen die polizeistaatlichen Maßnahmen der Saar-Regierung, die eine freie Ausübung der demokratischen Meinungsäußerung unmöglich macht. In einem Aufruf an die Jungwähler fordert der Zentralausschuß die junge Generation an der Saar auf, durch Fernbleiben von der Landtagswahl oder ungültige Stimmabgabe ihr Bekenntnis zu Deutschland nachdrücklich zu unterstreichen und gleichzeitig ihre Ablehnung der undemokratischen Methoden der Saar-Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Zu der im Saargebiet von der frankophilen SPS-Führung gegründeten sogenannten "Sozialistischen Arbeiterjugend" stellen die Jungsozialisten fest, daß es sich dabei um einen Versuch handelt, die wirkliche sozialistische Jugendbewegung an der Saar in ihrer Arbeit zu behindern und zu zerschlagen. Der Zentralausschuß der Jungsozialisten lehnt diese bedeutungslose Gruppenbildung ab und betrachtet den Bund der Sozialistischen Jugend der Saar als den einzig legitimierte sozialistischen Jugendverband.

Zum Scheitern des deutsch-amerikanischen BDI-Untersuchungsausschusses wird vom Zentralausschuß mit Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß in dieser Frage die Besatzungsvorrechte wieder einmal über die Notwendigkeiten einer gerechten Behandlung zum Schaden der demokratischen Entwicklung in Deutschland gestellt wurden.

+ + +

Mitteilung an die Redaktionen:

Wir bitten höflichst davon Kenntnis zu nehmen, daß unser Dienst infolge des Buß- und Bettages am 19. Nov. nicht erscheint. (D.Red.)

Verantwortlich: Peter Raunau